

Hannes Androsch

Quo Vadis Austria?

Vortrag

**Rotary Club Linz Süd
20.06.2012, Altes Rathaus Linz**

(Transkript des Tonbandmitschnitts))

Lieber Gerhard Wildmoser, dir einmal recht herzlichen Dank für die Einladung. Damals wussten wir nicht, dass heute Kanzlerfest ist, was offenbar bei manchen in Wien für eine gewisse Aufregung gesorgt hat. Weil das sind ja die überschaubaren Dinge – mit dem besonderen Hinweis, dass es nicht ein demonstratives Fernbleiben ist, sondern wegen eines Vortrages hier heute in Linz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn du schon die so genannte Hartwährungspolitik ansprichst – ohne dass ich mich da noch lang darüber verbreiten möchte, das mache ich morgen bei einem wirtschaftshistorischen Seminar an der Uni in Salzburg – so viel sei gesagt: Das war damals ein Fitness-Programm, wie es um einiges später im zurückliegenden Jahrzehnt der Schröder mit der Agenda 2010 gemacht hat. Das damalige hat uns fit gemacht und diese Agenda 2010 Deutschland mit allen Problemen, die da allenthalben damit verbunden sind. Darauf werden wir vielleicht noch später zu sprechen kommen. Und das war aber damals nur möglich, weil die Gewerkschaften unter der Führung von Benya mitgemacht haben. Ohne diese Stütze, Verankerung und diesen Response wäre das sicherlich nicht möglich gewesen. War möglich und hat uns fitter gemacht, obwohl die Textbuchweisheiten ja dem widersprochen hätten. So viel also dazu.

Meine Damen und Herren, fangen wir mit der guten Einschätzung und Nachricht an. Im Jahr 2008 hat uns eine zuerst Finanzkrise, die sich rasch in eine Konjunktur- und Wirtschaftskrise erweitert hat und in der weiteren Folge in einer Krise der Staatsanleihen, der Staatsschulden, der Staatsfinanzen fortgesetzt hat, in eine große Bedrängnis gebracht. Die ganze Welt, ausgehend von den Vereinigten Staaten, auf Europa übergreifen und nolens volens waren wir mit betroffen. Damals wurde rasch Notverarztung betrieben, zunächst einmal zur Rettung der Finanzwirtschaft, der Finanzindustrie, um eine Kernschmelze zu vermeiden, ein Amageddon zu verhindern. Das ist wohl auch gelungen. Man hat auch sehr rasch konjunkturstimulierend gegengesteuert, auch das ist gelungen. Und das Ergebnis in einigen Ländern, auch in Österreich, hat erbracht, dass wir inzwischen wieder an Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau erreicht haben, dass unsere Exporte deutlich über den damaligen zu

liegen gekommen sind. Das hätten wir in der kurzen Zeit nicht erwartet, es darf uns aber auch nicht blind machen für die Tatsache, dass wir sechs Prozent real an Wohlstand am Wege liegen haben lassen müssen. Aber immerhin ein herzeigbares Ergebnis, dank der Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie – siehe die Exporte. Das gilt im Übrigen auch für den Tourismus. Mit dem weiteren Ergebnis, dass wir wieder eine positive Leistungsbilanz haben – nicht auch Handelsbilanz, das hat aber einen Spezialgrund, der im Bereich der Energieimporte gelegen ist. Und wo man sagen muss, seit Zwentendorf und Hainburg haben wir keine Energiepolitik in Österreich – aus 1000 und einem Grund. Das können wir in der Diskussion näher erörtern. Es ist auch wieder das Gesamtniveau, die Gesamtzahl der unselbstständig Erwerbstätigen gestiegen – nicht unwesentlich für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates. Das sei auch hinzugefügt. – Das ist die gute Nachricht.

Die weniger gute ist, dass wir bei der Symptomkur hängen geblieben sind und bald vier Jahre, seitdem die Krise ausgebrochen ist und die Notverarztung erfolgreich betrieben wurde, versäumt wurde, die Kausaltherapie zur Anwendung zu bringen. Das heißt, wir haben drei bis vier Jahre – wir heißt, in Österreich, wir in Europa, wir in Amerika – verloren, vertan. Die Situation ist nicht besser geworden, sondern hat sich aggraviert. Damit wird die Sache auch noch teurer und wird uns länger beschäftigen. Also mit einem Wort: Die Krise ist längst nicht vorbei aus einer Reihe von Gründen. Das merkt man an der Abschwächung der Weltwirtschaft, selbst in China – von vor kurzem noch elf Prozent realem Wachstum wahrscheinlich unter acht Prozent. Sehr viel schlechter in Indien, aber auch Brasilien spürt das. Die amerikanische Konjunktur schwächelt dahin, wird sicherlich ein zentrales Thema in der Endphase des Wahlkampfes um die nächste Präsidentschaft sein, mit Wahltermin am 6. November. Und hat Europa und insbesondere die Eurozone ganz besonders am falschen Fuß erwischt, weil man zunächst so naiv war zu glauben, das ist nur eine amerikanische Angelegenheit. Und plötzlich ist man draufgekommen, in welchem Umfang und wie massiv das auch eine europäische ist, vor allem der europäischen Banken, die sich das alles umhängen haben lassen an giftigen und toxischen und Junk-Veranlagungsmöglichkeiten. Und das ist bei weitem noch nicht ausgeschwitzt. Und gleich vorweggenommen: Das Griechenland-Problem ist ja nur ein Detailproblem dabei, auch von der Größenordnung.

Aber dass wir es in drei Jahren, seitdem bekannt geworden ist, dass es das Problem gibt – wenn man es schon vorher nicht sehen hat wollen, aber sehen hat müssen, wäre ja gegeben gewesen – ist wie gesagt nur ein Detail und betrifft aus unterschiedlichen Gründen auch andere Länder. Weil ganz einfach eben deutlich geworden ist und durch die Maßnahmen verschärft wurde der Umstand, dass die öffentlichen Haushalte in unterschiedlichem Ausmaß, aber tendenziell überall – mit wenigen Ausnahmen wie die Schweiz oder Estland oder Schweden oder Finnland – in eine beträchtliche Schiefelage geraten sind und die

Schuldenquoten dramatisch gestiegen sind und vor allem die Schulden gemacht wurden aus den qualitativ falschen Gründen. Für sozialen Konsum, für anderen öffentlichen Konsum, für Subventionen, aber immer weniger für zukunftsbezogene Aufgaben oder Investitionen.

Wie der zu Ende gegangene Gipfel in Los Cabos zeigt – die so genannte Weltregierung, die G20, hat überhaupt nichts zusammengebracht. Und der Rio-Gipfel in Rio de Janeiro, was die Umwelt anlangt – also morgen wird das, glaube ich, verabschiedet, auch nicht sehr viel mehr. Da kann man nur hoffen, dass nächste Woche bei dem x-ten EU-Sondergipfel – hoffentlich ist er hinreichend vorbereitet – irgendwas an Pflöcken eingeschlagen wird. Weil es halt in Europa und vor allem in der Euro-Zone gewisse Probleme gibt, die dadurch entstanden sind, dass man sozusagen einen Rohbau geschaffen hat, aber nicht fertiggestellt hat. Ich komme auf das noch zurück.

Das darf uns aber nicht übersehen lassen, was das europäische Integrationsprojekt denn überhaupt ist – von allem Anfang an ein Friedens- und ein Wirtschaftsprojekt. Und in der Tat werden wir in Kürze auf 70 Jahre Frieden auf diesem so lange und vor allem im vergangenen Jahrhundert so intensiven blutigen und damit dunklen Kontinent erreichen können. Für viele von uns ist das der größte Teil des Lebenswegs und ein glückhafter, der uns in Freiheit und Frieden bei Sicherheit, Stabilität einen Lebensweg beschreiten hat lassen und der Wohlstand zugenommen hat und die Wohlfahrt sich ausgeweitet hat. Welche Generationen vor uns haben das erleben dürfen? Also meine Elterngeneration und Großelterngeneration – das wird bei Ihnen nicht anders sein – mit Sicherheit nicht. Und in früheren Zeiten sowieso und aus verschiedenen anderen Gründen eben auch nicht.

Aber das Projekt des Hauses Europa nicht zu Ende gebracht worden, auch nicht in der Euro-Zone. Es war schon richtig zu sagen, wenn ich einen gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen habe – der noch am besten funktioniert – dann ist es aus vielen Gründen sinnvoll, dass ich eine gemeinsame Währungszone habe. Eine gemeinsame Währung braucht eine gemeinsame Notenbank – hätten wir ja wohl alles. Aber was man nicht dazugestellt hat – und daher ist es ein Rohbau oder ein fehlerhafter Bau geblieben – dass es auch ein Mindestmaß an gemeinsamer, koordinierter, disziplinierender Fiskal- und Wirtschaftspolitik braucht. Und wenn ich grenzüberschreitend oder auch kontinentalüberschreitende Banken habe, dass ich das nicht nur sozusagen an dem Heimatzipfel beobachten oder regulieren kann oder supervidieren – nennen Sie es, wie Sie wollen – sondern dass ich da eine Überaufsicht brauche. Das hat gefehlt und bedarf der dringenden Nachbesserung.

Man hat schon gewusst, dass man sowas braucht, sonst hätte man ja nicht den Wachstums- und Stabilitätspakt – das hieß auch damals schon so – also die Maastrichter Vereinbarung

geschlossen. Aber die war ja ein bisschen allzu simpel, allzu mechanistisch, mit dem Ergebnis, dass einmal gleich, als es ernst geworden ist, die zwei größten Teilnehmerländer Deutschland und Frankreich sich einmal gleich gar nicht daran gehalten haben. Also soll man sich nicht so über die Griechen aufregen. Nicht, dass ich jetzt der Verteidiger sozusagen der Griechen sein möchte oder bin. Aber dass wir die Proportionen nicht ganz verlieren.

Und jetzt wissen wir schon, dass es schiefgegangen ist. Das hat uns also der Herbst 2008 nach dem „Lehman Moment“, wie das genannt wurde – und der wahrscheinlich in seiner Auswirkung viel nachhaltiger und weitreichender ist, dieser 9/15, als 9/11 im Jahr 2001 gewesen ist. Das mögen vielleicht psychologisch die Amerikaner etwas anders sehen, aber global gesamthaft würde ich doch glauben, dass das so ist. Also ist das nachzubessern. Und es wäre höchste Zeit, dass das geschieht, wenn man für die Zukunft besser vorsorgen will. Und das setzt ohnehin voraus, dass man die Altlasten löst und sich von ihnen befreit. Und nachdem das in Jahren entstanden ist, diese Süchtigkeit, also diese Erkrankung, dann ist es naiv zu glauben, dass man das sozusagen mit einer Rosskur in kurzer Zeit lösen kann. So sehr natürlich Einsparung und Austerität notwendig sind, kann man das nicht überfordern nach dem Motto „Da haben wir für die Therapie ein gutes Medikament, also verwenden wir gleich die zehnfache Dosis“. Dann tritt genau das ein, was der Paracelsus gesagt hat, ob etwas ein Heilmittel oder ein Gift ist, ist eine Frage der Dosis. Also im Fall von Griechenland hat man sicherlich die Dosis völlig übertrieben – nicht, dass sie an sich falsch ist.

Und man hätte sich erinnern sollen, dass man schon bei Maastricht gewusst hat, dass man auch aufs Gas steigen muss, dass man ein Wachstum braucht – weil sonst wird das Ganze kontraproduktiv. Weil wenn ich zu stark die Austeritätsbremse betätige, produziere ich eine handfeste Rezession. Bei der sinken die Steuereinnahmen, und das ist dann im Volumen größer als die Einsparungen. Und das Ergebnis ist, dass dann die Märkte – wer immer das ist, das sind ja Menschen – die Zinsen hinaufschmalzen. Und dann geht es sich aus zwei Gründen nicht aus und wird zum hoffnungslosen Fall.

Und drittens ist klar: Wenn man es längerfristig oder zumindest mittelfristig angeht, dass man längst überfällige Strukturveränderungen anpasst. Ob das die geänderte Altersstruktur-Rechnung dann betrifft oder ob das das Gesundheitswesen ist oder ob das der öffentliche Bereich ist im Zusammenhang mit E-Government – um nur einige Beispiele zu nennen. Also würde es durchaus in den einzelnen Ländern verschieden notwendig sein, dass man hier einen Medikamenten-, einen Therapie-Mix herstellt.

Das ist aber bisher nicht geschehen. Man hat die Ungleichgewichte, die ja mit eine Ursache sind, und wehrt sich – was weiß ich, alter Hut, an dem auch Bretton Woods zerbrochen ist – wenn man ein Überschussland ist, dass man sagt, das ist unsere große Leistung – betrifft uns auch – und die anderen sind die Bösen und die sollen die ganze Anpassungslast tragen. Die wollen das nicht nur nicht, sondern die sind, wenn man es übertreibt, auch dazu gar nicht in der Lage. Und das ist die unbefriedigende und zugleich gefährliche Situation, die wir heute in Europa, aber auch im globalen Kontext – wenn ich die Außenhandelsungleichgewichte zwischen den Vereinigte Staaten und China oder den ölexportierenden Ländern oder Japan als Beispiel heranziehe, ohne das jetzt in extenso auszuführen.

Also kurz und gut, es besteht dringender Handlungsbedarf in der Weltwirtschaft. Und es besteht dringender Handlungsbedarf in Europa. Und das ist nicht zu lösen, indem man sagt, der soll austreten und den schmeißen wir hinaus. Und zum Schluss bleibt Deutschland mit ein paar Anhängseln – zu denen dann wir gehören würden, wie schon bei der erwähnten Hartwährungspolitik. Und das ist dann der Stein des Weisen. Ohne zu überlegen, was einmal die Herbeiführung dieser Situation schon sofort kosten würde, und schon gar nicht, welche weitreichenden Auswirkungen das hat. Also für die Griechen würde Drachme neu eine Abwertung von 50 bis 70 Prozent bedeuten, aber noch immer keine leistungsfähige Industrie in irgendeiner Bucht oder an einem Strand oder auf einer Insel herbeiführen. Und für Deutschland würde das eine Aufwertung von 20 bis 40 Prozent zur Folge haben. Wie dann die Exporte ausschauen – und wir wären mitbetroffen. Da braucht man ja nur zu schauen, wie die Schweiz zu kämpfen hat mit einer genau solchen Situation. Also das ist leider nicht besonders durchdacht und nicht einmal mit einem mittelfristigen Horizont versehen.

Und dennoch sollten wir uns klar sein, dass es noch immer ein Friedens- und Wirtschaftsprojekt ist. Und nicht zu Unrecht hat Willy Brandt irgendwann einmal gesagt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Und wenn wir zurückschauen die 70 Jahre, bestätigt sich das, jedenfalls für unsere oder für meine Generation. Allerdings gilt auch, was der Architekt der Ostpolitik, sein engster Mitarbeiter, diesbezüglich gemeint hat, Egon Bahr, der kürzlich seinen 90. Geburtstag gefeiert hat: Ökonomisch ist Europa – also das integrierte Europa, zuerst EWG und seit Maastricht in Form der EU – ein Riese, was das Sozialprodukt anlangt, was das Volumen der Wohlfahrt anlangt, was Exportzahlen betrifft. Aber politisch ist es ein Zwerg – keine Rede, dass die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik verwirklicht worden wäre. Das hat man beim Balkan-Krieg gesehen, hat man bei der Teilnahme gesehen im Afghanistan-Einsatz, hat man in Libyen gesehen. Ohne die Unterstützung der Amerikaner wäre da überhaupt nichts gegangen, weil die Infrastruktur oder das Equipment einfach nicht da ist. Obwohl zusammengenommen die europäischen

Länder immerhin auch 300 Milliarden Euro ausgeben. Das ist gut 50 Prozent oder sogar mehr als China, wo man sich fürchtet, dass das eine zu große Aufrüstung wird. Nur um sich die Proportionen in Erinnerung zu rufen. Und das Ganze verlangt ein Mindestmaß an politischer Union, auch mit dem Verständnis, dass man dabei mehr Solidarität braucht und von wesentlichen Teilen der nationalen Souveränitätsillusion wird Abschied nehmen müssen – was vielen besonders schwer fällt.

Aber wenn uns das nicht gelingt, werden wir bei den Entwicklungen und den tektonischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutungsverschiebungen nicht Mitspieler auf der Weltbühne sein, sondern Spielball. Und erst jeder Einzelne. Also selbst Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern ist ja eine mittlere Provinz von China oder eines indischen Staates. Nur dass wir die Größenordnungen nicht aus dem Auge verlieren.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir brauchen dringend mehr und sinnvolles Europa, brauchen auch mehr Solidarität – haben sie gerne angenommen beim Marshall-Plan, damals mit strengen Auflagen – haben die Deutschen gepflogen bei der Wiedervereinigung. Und das war eine gigantische Transferunion in der Größenordnung vom Sozialprodukt eines Jahres damals. Wenn Sie sich vorstellen, das waren ein bisschen über 1000 Milliarden. Das griechische Problem ist 370 Milliarden bei einem Sozialprodukt von 12000 Milliarden. Also soll mir niemand erzählen, dass wenn man will, das nicht lösen kann. Und seit der ersten diesbezüglichen Krise in Mexiko 1982 haben wir unzählige solcher Krisen schon gehabt und durchaus bewältigt. Just das haben wir nicht zusammengebracht, also bedarf es da mehr Solidarität. Und wir haben mitzahlen müssen bei der Transferunion der deutschen Wiedervereinigung, indem die Zinsen hinaufgegangen sind und wir mitzahlen haben müssen, wenn man sich daran erinnert.

Und eine ähnliche kuriose Situation haben wir jetzt. Die Deutschen zahlen schon für ihre Anleihen, die Finanzierung ihrer Staatsfinanzen überhaupt keine Zinsen mehr. Und die Spanier oder die Portugiesen oder die Griechen zahlen sieben Prozent und mehr. Das ist eine Subventionierung der Ärmsten, des Club Med, der reichen Deutschen – bis zu einem gewissen Grad gilt das dann auch für Österreich – in einer Größenordnung für Deutschland von 20 Milliarden. Nur dass wir wissen, wovon wir reden. Und dass das ein zielführender Weg ist, wird man schwerlich behaupten können.

Nun könnte man das jetzt endlos weiterführen. Ich möchte ganz kurz noch auf Österreich zu sprechen kommen. Ich habe eingangs gesagt, was Positives zu berichten ist, und werde jetzt aber im letzten Teil mich damit beschäftigen, wo wir unsere Schwächen haben.

Und das ist einmal – global gesprochen – der öffentliche Sektor, der zunehmend einmal von den Finanzen in Schieflage geraten ist. Und wenn der Rechnungshof bei diesem oder jenem Bundesland darauf hinweist, dann wird er beschimpft und das sind lauter Idioten. Auch die Agenturen sind alles Idioten – es sind immer alle, die irgendwas Kritisches sagen – verstehen das nicht und haben keine Fachleute usw.

Die Wirtschaftskammer unter der Führung unseres gemeinsamen Freundes Leitl hat erst in diesen Tagen eine Broschüre – kann ich nur wärmstens empfehlen – herausgebracht, nennt sich „Monitoring Report 2012“. In Wahrheit sind alle Rankings, die es da gibt, und Ratings zusammengefasst. So quasi wie ein umfassender Blutlaborbefund für die Wirtschaft oder gesellschaftlichen Verhältnisse. Überwiegend mehrheitlich sind wir deutlich – ohnehin zuvor nur im Mittelfeld – zurückgefallen, zum Teil dramatisch zurückgefallen, und in manchem in einer entsetzlichen Schlusslichtpositionierung. Also da wird man schwerlich sagen können, das sind alles Idioten, ist alles falsch und die Ratingagenturen verstehen auch nichts und die OECD hat nicht Recht und der Währungsfonds hat nicht Recht und die EU-Kommission – alle nicht Recht. Erstens können sie's nicht und zweitens verstehen sie's nicht, weil wir sind die Größten. Das ist sozusagen eine selbstzufriedene bis selbstgefällige Form, in Paralyse zu leben, um die Erhaltung und Administration der Ohnmacht zu pflegen.

Und das ist der Stillstand, den wir haben. Das ist die Blockade, die wir haben. Und das ist dann der Grund, warum zunehmend die Menschen mit dem politischen Geschehen und den politischen Verhältnissen nicht zufrieden sind. Das äußert sich nicht nur darin, dass sie irgendwo motschgern und raunzen – mein Gott, das ist eine menschliche Eigenschaft – sondern dass sie nicht mehr wählen gehen oder sehr viel weniger wählen gehen. Und dass die alten Parteien – die das Land 1945 und herauf zu dem gebracht haben, was es war, nämlich eine Erfolgsstory – so abgesagt sind. Und dass Splitterparteien, die gar kein Programm haben, dann plötzlich auftreten, weil das halt lustig ist usw. Also das ist in der Tat alles andere als eine befriedigende Situation.

So sehr es erfreulich ist, wenn man das mit dem zunehmenden Rückstand der Donaumonarchie vergleicht oder mit dem Haus des polarisierten und paralyzierten Österreichs der ersten Republik mit bekannten Ausgängen. Es war die Zweite Republik bislang und ist im Grunde bis heute noch – aber wir zehren von den vergangenen Errungenschaften – eine Erfolgsstory. Wir vergessen, dass man nur verteilen kann, was man vorher erwirtschaftet hat. Und jeder Bauer weiß: Was man nicht sät, kann man nicht ernten. Aber diese trivialen und banalen Binsenweisheiten sind irgendwo im politischen Geschehen verloren gegangen.

Und das ist die unbefriedigende Situation, die wir in diesen Bereichen – und das betrifft überwiegend den öffentlichen Sektor – in Österreich haben. Wo es viel leichter möglich wäre und immer dringender notwendig wird, auch unsere öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Das ist ein quantitatives Problem, aber es ist auch ein qualitatives Problem. Mit der Hacklerregelung oder mit den Milliarden für die Umschuldung werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Aber wir vorenthalten den jungen Menschen die Mittel im Bildungsbereich, in der Wissenschaft, in den Universitäten, in der Forschung und als Folge in der Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit, wie uns alle in die gleiche Richtung, nämlich nach Süden zeigenden diesbezüglichen Rankings zeigen. Und man weiß nicht mehr, wie man diese Blockade auflöst, wie man diese Hürden überwindet, die aus einer kleinen Oligarchengruppe von nicht nur machtbewussten, sondern machtbesessenen Personen her kommen.

Und da möchte ich doch ganz kurz auf die jüngste selbst gemachte Erfahrung zu sprechen kommen. Fünf Monate wurde das Bildungsvolksbegehren sehr respektvoll auf hohem Niveau in einem eigenen Ausschuss, der einstimmig eingesetzt war, behandelt. Ein breiter Konsens – man hat geglaubt, es ist nur mehr eine Fraktion im Raum. Dann hat man mit denen einzeln geredet – und ganz engagiert der ÖVP-Bildungssprecher Amon, der gesagt hat, das machen wir so, einen Teil gleich in Anträge, das können wir noch beschließen, das andere, Entschließungen mit Eckdaten und Fristsetzungen nach die Bundesregierung. Und ein paar Sachen werden wir nicht halten können, machen wir in einer Enquete-Kommission. Und dann sind wir zum Schluss gekommen, wir müssen den Schweif einziehen und er hat gesagt: Ja, man muss Bedacht nehmen auf die Machtstrukturen des Landes. Und dann sind Entschließungen herausgekommen an die Bundesregierung, offenbar zur Weiterreichung nach St. Pölten und in die Teinfaltstraße, nicht? Also so gesehen, wenn man es damit bewenden ließe, ein Begräbnis erster Klasse – in einer Zeit, wo alle sich überstürzen und überkugeln, was man nicht an direkter Demokratie schaffen wollen. Wo der Bundespräsident – Hüter der Verfassung – besorgt sagt: Ja, bitte, das darf aber nicht am Parlament vorbei. Ich habe in einem längeren Gespräch zu ihm gesagt: Ich verstehe dich ja, du hast ja vollkommen Recht, aber das Parlament wird von außen von dieser Art außerparlamentarischen Opposition von Machtinstruktoren ausgeschaltet. Mit dem Ergebnis, dass der Artikel I der Verfassung nicht mehr heißt: Alles Recht geht vom Volks aus – sondern: Alles Recht geht – von mir aus – von einem Landeshauptmann oder von einem Gewerkschaftsboss des öffentlichen Dienstes aus. Naja, also da wedelt ja wohl der Schweif mit dem Hund und nicht umgekehrt. Das ist einmal so. Und dann, aus Koalitionstreue wird Rücksicht genommen und dann sitzen da die Abgeordneten, dürfen nicht das beschließen, was sie gerne beschließen wollten und sagen zu den Hascherln, die das Bildungsvolksbegehren gemacht haben: Aber bleibt's dran, macht's Druck, weil wir müssen

Nägel mit Köpfen machen. Noch in der Plenardebatte. Da schaust du fassungslos in die Runde oder ins Plenum hinunter und sagst: Also jetzt verstehe ich die Welt schon überhaupt nicht mehr. Weil man so naiv ist und weiß schon, dass es eine Formalverfassung gibt, dass es eine Realverfassung gibt. Aber ich meine, irgendwo müssen die beiden schon noch beisammen bleiben.

Und das ist uns also vollends verloren gegangen und das werden wir korrigieren müssen. Und davon wird abhängen, ob wir die Zukunft gewinnen oder verlieren. Und dass wir sie nicht verlieren, das ist nicht für uns mehr – das sind wir in Generationengerechtigkeit unserer Kinder- und Enkelkindergeneration schuldig – wenn Sie gestatten, so, wie wir da sitzen. Und das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Das ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Wenn wir das tun, dann kann man auf den alten Philipp Wilhelm von Hörnigk zurückgreifen, der da gesagt hat: „Österreich über alles, wann es nur will.“ Aber das Wollen fehlt mir. Und diese schönredende und gesundbetende Selbstzufriedenheit ist genau das Gegenteil davon. Aber da wird's notwendig sein, dass nicht nur ein Volksbegehren mit 400.000 Stimmen – und wie schwierig das ist, zeigt sich ja jetzt bei „Mein Österreich“. Die wissen am Freitag noch nicht einmal, ob sie überhaupt die 8032 Unterstützungsunterschriften eingeworben haben werden. Wie schwierig das ist, wissen wir inzwischen. Aber dass man es machen kann, ist auch klar. Aber es ist notwendig, mehr Druck zu machen. Und wir werden sicherlich alles tun, dass das thematisiert wird für die Nationalratswahlen, um zu sagen, hier muss die Spreu vom Weizen getrennt werden. Zwischen denen, die bereit sind, was für die Zukunft zu tun – in dem Fall ist es die Bildungsreform, aber auch andere Bereiche – und solche, die das in geradezu reaktionärer Weise verhindern. Und da, kann man nur sagen, sind wir alle aufgerufen.

Und mit diesem Aufruf, also mit diesem Appell möchte ich meine Betrachtungen beschließen und stehe Ihnen gern mit dem Dank für Ihre Aufmerksamkeit für Diskussionsbeiträge oder Fragen zur Verfügung. Danke schön.